

# SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Redaktion: Braunschweig

Schließfach 399

Fernsprecher Nr. 2367

spd Nr. 22- 18. 9. 46

Vor grösseren Entscheidungen

=====

Von Peter Raunau

Noch ist der Schritt des Durchschnittsdeutschen, der zur Wahlurne geht eher unsicher als fest und bestimmt. Dieser deutsche Wähler sieht die politische Meinungsäusserung der Stimmabgabe als eine Pflicht an, und er tut das auch wieder am 13. September. Wenn er diese Pflicht auf sich nimmt, tut er es noch zögernd und mit halben Herzen. Aber entscheidend ist, dass er entschlossen scheint, sich das Neuland der politischen Selbstbestimmung zu erobern - nach so vielen ganz andersgearteten Eroberungen, die er unternahm ihm selbst zu tausendfachen Fluch. Mit der gesamten britischen und französischen Zone und mit Mecklenburg-Vorpommern sowie der Mark Brandenburg aus der russischen Zone war es beim letzten Wahlgang sogar das grösste Gebiet, in dem seit dem Waffenstillstand an einem Tage abgestimmt wurde. Das Ergebnis hat wichtige Hinweise auf die kommenden grösseren Entscheidungen gebracht.

Grosse Überraschungen gab es nirgends, wenn man nicht die ausserordentliche Höhe der Stimmen der sogenannten Unabhängigen als nicht vorgesehen betrachtet will. Bei der Beurteilung dieser Kandidaten sollte man sich aber nicht allzu eng an den Sinn des Wortes "unabhängig" klammern. Was heisst schon "unabhängig"? Sicher haben die meisten von ihnen das weit verbreitete Misstrauen gegen die Parteien schlechthin nach Kräften genutzt und viele von ihnen werden sehr bald mehr oder weniger sichtbar einer bestimmten Partei zuneigen. In den kommenden Wahlen zu den Kreistagen und zu den Vertretungen der grossen Städte wird diese Gruppe ganz verschwinden oder sehr verliern. Überhaupt darf der 15. September nur als eine Art erster Wahlgang angesehen werden, als ein Auftakt eben zu jenen grösseren, eigentlich politischen Entscheidungen - wobei in diesem Zusammenhang noch gar nicht einmal an die Parlamentswahlen des kommenden Jahres gedacht werden soll. Erst dann werden sich im Bild der parteipolitischen Zusammensetzung feste Konturen ergeben. Mit dieser Feststellung und unbeschadet ihrer Bedeutung als Barometer für diese kommenden Entscheidungen ist der Wert der Wahl am 15. September als das zuverlässige und gut demokratische Fundament der neu beginnenden deutschen Selbständigkeit nicht geschmälert.

SPD und CDU lagen wieder, so wie das auch in der amerikanischen Zone der Fall war, weit an der Spitze - in der britischen wie in der französischen Zone. Dass bei diesen Wahlen vorwiegend ländlichen Charakters die CDU führt - in Südwestdeutschland mit sehr erheblichem, in Nordwestdeutschland mit ganz knappen Vorsprung - wird niemanden verwundern, der mit der innerpolitischen Mentalität und mit der soziologischen Struktur in Deutschland vertraut ist. Unter diesem Blickwinkel ist allein erstaunlich der starke Anteil von SPD-Stimmen in diesen ländlichen Bezirken, und es ist bezeichnend, dass am Tage vor der Wahl gerade ein Mann wie Dr. Adenauer es für richtig hielt, an die SPD ein formliches Angebot der Zusammenarbeit zu richten.

Auffallend gering war der Anteil der kommunistischen Stimmen, obwohl Bechner von der SED am 13. September (!) als erster prominenter Vertreter seiner Partei mit der Erklärung herauskam, die SED erkenne die gegenwärtige "Grenze" im Osten nicht an, und obwohl Molotow mit seiner Antwort auf Byrnes und mit seiner Ablehnung jeder Revision dieser Grenze entgegenkommenderweise bis einen Tag nach der Wahl gewartet hat.

Zu allen den Fragwürdigkeiten, mit denen die Beurteilung von Gemeindewahlen nach übergeordneten Gesichtspunkten rechnen muss, kommt hinzu, dass Millionen von Zugewanderten und Flüchtlingen nicht wählen könnten, weil sie noch nicht lange genug ansässig sind. Man kann sich schlecht vorstellen, dass diese breite Schicht fast völlig verarmter Menschen sich besonders zu solchen Parteien hingezogen fühlen wird, die als ausgesprochene Besitzparteien gelten können. Oder auch dass diese Heimatlosen sich besonders zahlreich und eifrig zu Prinzipien bekennen werden, die dort herrschen, wo sie vertrieben wurden.

Schon rüstet man sich überall für die weitere Auseinandersetzung mit dem Ziel einer klareren politischen Entscheidung. Sie ist mit Bestimmtheit zu erwarten, nicht allein weil die Städte die grössere Zahl von Menschen beherbergen, sondern weil die stärkeren politischen Impulse stets von dort ihren Ausgang nahen und die Städte Weg und Tempo des politischen Fortschritts bestimmen. Deshalb wird auch der kommenden Berliner Wahl am 20. Oktober mit besonderer Spannung entgegengesehen, deshalb, und mehr noch, weil gerade in dieser Stadt wie nirgendwo anders die grossen Strömungen unserer Zeit aufeinanderstossen.

-----  
Kehrt Genf wieder?  
-----

OZ Zürich, Ende August 1946

Im friedlichen und bezaubernd schönen Gestade des Lac Léman, hineingebettet in den herrlichen Parc de l'Ariana steht der von seinem Hügel weit in die Runde gleissende "Palast der Nationen" und ziemlich unterhalb dieses Gebäudeblockes aus weissem Marmor, von ihm getrennt durch den Place Albert Thomas sind die weit bescheidenen Baulichkeiten des "Internationalen Arbeitsamtes" einsam und verlassen. Wer je in den vergangenen Kriegsjahren Gelegenheit hatte, durch die öden Hallen und Flure zu schreiten, in denen die Schritte schauerlich hohl und beängstigend klangen, wer dort von einer

unerwartet huschenden Geist mit Eimer und Putzlappen oder von einem der ganz wenigen Angestellten der Restdienste erschreckt wurde, der begriff gut, dass die Schweiz und auch die Vereinten Nationen bestrebt sind, diese Bauten, die mit ihren vorzüglichen und allermodernsten Einrichtungen nach Benutzung geradezu schreien, den neuen Weltorganisationen dienstbar zu machen. In den ersten Augusttagen sind sowohl Trygve Lie, der Generalsekretär der Vereinten Nationen, als auch der Generaldirektor der UNRRA, La Guardia, zu Besprechungen und Konferenzen in Genf gewesen. Es ist kein Zweifel mehr, dass Genf doch wieder zu einem bedeutungsvollen Zentrum verschiedener internationaler Dienste der Weltorganisationen und damit auch zu einem wichtigen Platz zwischenstaatlicher Verständigungspolitik werden wird.

Eine Reihe von Tagungen in verschiedenen Schweizer Städten machte den Anfang für den Wiederbeginn der Bedeutung der Schweiz für die internationale Arbeit. Die UNRRA tagte in Genf und die Rot-Kreuz-Gesellschaften traten dort zusammen. Ende Juli trafen sich die Schweizerischen Arbeiterturn- und Sportverbände mit Arbeiterturn- und Sportgästen aus Belgien, Holland und Skandinavien. Die österreichischen Naturfreunde nahmen an der ersten Internationalen Konferenz der Naturfreunde in Zürich teil, wo ferner Naturfreunde aus Amerika, Belgien und Frankreich erschienen, um mit den gastgebenden Schweizer Naturfreunden vor allem die Frage der Organisationsform, die bisher zentralistisch aufgebaut war und in eine Föderative umgestaltet werden soll, zu beraten. Die Frage der deutschen Naturfreundebewegung gab dort Anlass zu eingehender Aussprache. Es wurde beschlossen, der Naturfreundebewegung in Deutschland jede mögliche Unterstützung zu gewähren. Von anderer, weitreichender Bedeutung und nicht von zu unterschätzender Wichtigkeit für die Wiederherstellung der europäischen Ordnung im allgemeinen und des Wirtschaftsverkehrs auf dem Kontinent in besonderen war die in Basel versammelte Internationale Konferenz des Rheinschiffahrtspersonals.

Das sind erste Schritte auf einem Wege, der nach dem zweiten Weltkriege sehr viel beschwerlicher zu gehen ist als nach 1918. Aber die Schweiz hat den Glauben an die Kraft des Gedankens der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit niemals verloren und will ihn jetzt umso nachdrücklicher betätigen als sie glaubt hoffen zu dürfen, dass er sich auf ihren fast schon klassischen zu nennenden Boden diplomatischer Arbeit wirksamer als jemals vorher verwirklichen lässt. Man ist hierzulande freilich nüchterner geworden. Aber auch deswegen verfolgt man hartnäckig den Wunsch, wieder Mittelpunkt des Ringens um den endgültigen und dauernden Frieden zu werden. Die Schweiz fühlt sich als ein Glied Europas und zunächst geht es vor allem um das Schicksal der Völker dieses Erdteils.

---

In der Rheinpfalz lesen wir:

Austritt aus der KPD.

5 Minuten vor 12

Ort der Handlung: Eine nässig besuchte kommunistische Versammlung in einer Pfälzer Gemeinde. Es wird 8.15 Uhr, es wird 8.30 Uhr, es wird 9 Uhr. Endlich kommt der angekündigte Versammlungsredner. Er spricht: "Ich bitte die Genossen um Entschuldigung, dass ich so spät komme. Aber mein Sohn kam vor einer Stunde aus Gefangenschaft zurück. Aus russischer Gefangenschaft. Hiermit erkläre ich meinen Austritt aus der KPD!" Sprachs und ging und kam nicht mehr!

---

### Der Kurs von M. Guy Mollet

spd. Der neuernannte Generalsekretär der französischen sozialistischen Partei, Guy Mollet, gab in Paris einem amerikanischen Korrespondenten ein bemerkenswertes Interview, da in grossen Zügen das sozialistische Parteiprogramm für die nächste Zukunft umfasst. Generalsekretär Guy Mollet unterstrich besonders, dass das Direktionskomitee der Partei beschlossen habe, eine Kommission zu schaffen, in der alle sozialistischen Kabinettsminister, die Sekretäre der sozialistischen Organisationen, sowie eine Anzahl anderer Parteipersonlichkeiten vertreten sind. Die Aufgabe dieser Kommission bestehe in der Ausarbeitung eines Fünfjahresplanes, der dem französischen Volk zu Beginn des bevorstehenden Wahlkampfes präsentiert werden soll. Durch diesen Plan werde eine Besserung der allgemeinen Lebensverhältnisse in Frankreich bezweckt, sowie eine völlige Umstellung des französischen Wirtschaftssystems vorbereitet.

Das sozialistische Parteiorgan "populaire" bringt das Interview Guy Mollet's im Wortlaut, aus dem die folgenden Gesichtspunkte verdienen, besonders hervorgehoben zu werden: Nach den französischen Wahlen werde sich die sozialistische Partei nur dann an einer neuen Regierung beteiligen, wenn ihr von vornherein die Erfüllung eines Minimalprogramms in Bezug auf die berechtigten Ansprüche der Arbeiterklasse zugesichert werden. Im Hinblick auf die Beziehungen zwischen der sozialistischen und der kommunistischen Partei Frankreichs erklärt Guy Mollet, dass das neue Direktionskomitee eng mit den Kommunisten zusammenarbeite, insbesondere was gewisse Ansprüche der Arbeiterschaft betreffe. Dergleichen werde entsprechend der Schlussdeklaration des Parteikongresses für genau umrissene Ziele die Aktionseinheit beider Parteien hergestellt werden.

Guy Mollet schloss seine Ausführungen mit dem Hinweis darauf, dass eine völlige Neugestaltung der inneren Parteiorganisation durchgeführt werde. Frankreich werde bald feststellen können, dass nicht nur die leitenden Männer, sondern auch das Programm und die Methoden der Partei erneuert wurden. Die Sozialisten anderer Länder hätten bereits wissen lassen, wie grosse Hoffnungen sie in den Erfolg der neuen sozialistischen Parteipolitik setzten. In seinen Schlussworten unterstrich der Parteisekretär noch einmal ausdrücklich, dass die völlige organische Einheit der französischen sozialistischen Partei niemals gefährdet war noch bedroht ist.

+

G u y M o l l e t

Der neue Generalsekretär der Französischen Sozialistischen Partei

Er wurde 1905 in der Normandie geboren. Schon früh schloss er sich den französischen Jungsozialisten an und trat 1925 in die Sozialistische Partei ein. Bis zum Kriegsausbruch war er am Gymnasium in Arras als Professor der englischen Sprache tätig. Bei Kriegsausbruch wurde er zum Herr eingezogen und 1941 nach einjähriger Gefangenschaft infolge einer Verwundung, die er sich in den Kämpfen von 1940 zugezogen hatte, in die Heimat entlassen. Er nahm seine Lehrtätigkeit in Arras wieder auf, spielte eine verantwortliche Rolle in der französischen Widerstandsbewegung und besonders in der Untergrundorganisation der Sozialistischen Partei. Mit knapper Not entging er einer Verhaftung durch die Gestapo, verbrachte einige Zeit in Paris un-

später in der Normandie, wo er zum verantwortlichen Leiter der inneren Streitkräfte der Widerstandsbewegung für die dortige Region ernannt wurde. Diesen Posten behielt er bis zur Befreiung bei.

Nach seiner Rückkehr nach Arras wurde er dort zum Bürgermeister ernannt. In seiner politischen Laufbahn nimmt er rasch einen steilen Anstieg. Nach einer vielbeachteten Tätigkeit im Generalrat des Departement Pas-de-Calais wurde er im Oktober 1945 als Deputierter in die Konstituante gewählt. Im Januar 1945, nach der Ernennung André Philips zum Finanzminister, wurde er an dessen Stelle zum Präsidenten der Verfassungskommission gewählt. In der Sozialistischen Partei Frankreichs war er in letzter Zeit einer der eifrigsten Vorkämpfer der revolutionären Tendenzen der Partei, und auf dem letzten Parteikongress war er der Wortführer der Gruppe, die sich in der Abstimmung über den Tätigkeitsbericht des bisherigen Parteivorstandes gegen diesen mit Zweidrittel-Mehrheit durchsetzte. Seine Ernennung ist eine natürliche Folge des vom Landeskongress bestimmten neuen Kurses der Partei.

### Tarnversuch der "Tories"

Spä. Englands Konservative, kurz "Tories" genannt, haben schweren Kummer. Seit dem "Stalingrad der Konservativen Partei", das heisst dem überwältigenden Wahlsieg der Labour Party im Sommer 1945, fühlen sie sich in ihrer Haut nicht mehr wohl. Sie haben erkennen müssen, dass ihre grosse Zeit vorüber ist und das englische Volk kein Vertrauen mehr zu ihnen besitzt. Der Manifest "Tory" ist, wie A.J. Cummings dieser Tage in "News Chronicle" schrieb, zu "Synonym für politische Trägheit, Feindschaft gegen jeglichen sozialen Fortschritt, Blimpismus, Engstirnigkeit, Klassenherrschaft und für das eifersüchtige Bestreben geworden, seine Privilegien zu behaupten" und "trägt das Aroma von Motten zerfressenen Lumpen an sich". Diese Erkenntnis ist den "Tories" nicht leicht gefallen. Aber da nun einmal an der Tatsache nicht zu rütteln ist, dass sie von der Labour Party vernichtet und geschlagen wurden und die englische Wählerschaft auch nach dem ersten Jahr der Regierung Attlees keineswegs daran denkt, reumütig wieder zur Konservativen Partei zurückzukehren, haben sich die führenden Köpfe der "Tories" hinter verschlossenen Türen zusammengesetzt und nach Mittel und Wegen gesucht, um sich die verlorene Gunst der Wählermassen wieder zurückzuerobern.

Das Ergebnis dieser Kulissen-Beratungen war wahrhaft sensationell. Wie Harald Macmillan, einer der Führer der "Tories", dieser Tage durchblicken liess, trägt man sich mit der Absicht, den Namen "Tories" abzulegen und die Konservative Partei in eine "Neue Demokratische Partei" umzutauften, deren Schlachtruf das Wort "Einigkeit" und deren Aufgabe die Bildung eines wirklichen Gegengiftes gegen das "sozialistische Gift" bilden soll. Mit anderen Worten: Die "Tories" wollen sich in den Mantel der Demokratie hüllen, um ihre alte Politik des Klassenhasses und der Macht ungeniert weitertreiben zu können. Vielleicht hat Macmillan die Katze zu früh aus dem Sack gelassen. Jedenfalls hat der Tarnversuch der "Tories" in England ein anderes Echo ausgelöst, als sie selbst erwartet hatte. Die Antwort war ein schallendes Gelächter - und was das in der Politik zu bedeuten hat, weiss jeder.

### Sommerschulen in England

spd. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte hat die englische Arbeiterpartei in diesem Jahre eine Sommerschule eingerichtet, so wie sie als Einrichtung der Gewerkschaften schon seit ungefähr zwanzig Jahren bestehen. Die Teilnehmer dieser Einrichtung hatten dabei Gelegenheit, ihre Ferien in einer der schönsten Gegenden Englands zu verleben, in den Gebäuden der Universität von Bangor in Wales. Was hat es mit diesen Sommerschulen auf sich?

In ihrem Ursprung sind es Einrichtungen der gewerkschaftlich organisierten Jugend, in denen in der Zeit der bezahlten Urlaube eine Art Volkshochschulprogramm für eben diesen bestimmten Kreis junger Arbeiter durchgeführt wird. Die Schulen werden von der Arbeitervereinigung für Erziehungsfragen und von Nationalrat der Volkshochschulen beaufsichtigt und verwaltet. In einigen Wochen wird den Besuchern Gelegenheit zu einem Leben gegeben, ähnlich dem, das Studenten in Internat führen. Die Räumlichkeiten stellen Hochschulen der verschiedenen Gegenden des Landes zur Verfügung, deren Schüler und Studenten in dieser Zeit in Ferien sind. Die Programme sind sehr sorgfältig ausgewählt, ebenso die Lehrkräfte.

Diesmal war dieses Programm der genauen Untersuchung und dem Studium der Arbeit der Labourregierung während des ersten Jahres ihres Bestehens und ihren künftigen Plänen gewidmet. Alle prinzipiellen Fragen, die die Öffentlichkeit in England heute bewegen, kamen zur Sprache, Mitglieder der Regierung selbst, Gewerkschaftsführer und andere massgebliche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unterrichteten die jungen Hörer sozusagen aus erster Hand über die wichtigsten Gegenwartsfragen, die England bewegen.

Bei einer Gesamtbetrachtung dieser Schulprogramme ergibt sich überzeugend, mit welcher grosszügigen Interesse sich die führenden Männer der Arbeiterregierung den Fragen der Erziehung der breiten Massen, insbesondere der Arbeiterklasse widmen. Man ist in England sicher, dass die Vorteile, die sich aus solcher Schulung ergeben, sich immer sichtbarer auswirken werden.

- - - - -

---

Verantwortlich für Herausgabe und Inhalt: Fritz Sanger, Braunschweig